Grünen aus Sachsen, glaubt, einen Grund für Tillichs Profillosigkeit zu kennen: Er wolle nicht den rechtskonservativen Rand innerhalb der Partei vergrämen und der AfD überlassen. „Deshalb fehlt es in seinen Worten oft an einer glaubwürdigen Abgrenzung nach rechts.“ Eine Strategie, die der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt ganz richtig findet. Das ständige Lavieren sei Tillichs Erfolgsstrategie. Er habe eine „vorzügliche Benutzeroberfläche“.

Den Charakter Tillichs kann nur begreifen, wer seine frühen Jahre in der DDR und seine Rückschau darauf betrachtet. Tillich stammt aus Panschwitz-Kuckau, einem 2100-Seelen-Ort in der sächsischen Oberlausitz. Die Familie gehörte der sorbischen Minderheit an. Mit Politik kam er als kleiner Junge schon in Berührung: Sein Vater war Mitglied der SED-Ortsleitung – eine verdienstvolle Stütze des Systems.

Der Sohn zog nach. 1987, mit 27 Jahren, trat er der Blockpartei CDU bei und landete schon Monate später im Rat des Kreises Kamenz. Im Mai 1989, kurz bevor das System zusammenbrach, wurde Tillich in diesem Gremium sogar Stellvertreter des Vorsitzenden. Vor Ort ein äußerst wichtiger Mann in der kleinen DDR.

2008, als ihm diese kommode Nische in der SED-Diktatur vorgehalten wurde, versuchte Tillich, seine damalige Rolle zu

Er hat gelernt, in den vermeintlich richtigen, weil gefährlichen Momenten den Kopf einzuziehen.

relativieren. Warum er eine Blockflöte wurde? Er habe den Eintritt in die DDR-CDU verstanden als „politische Absage an die SED, vor der ich Ruhe haben wollte“. Warum ging er in den Rat des Kreises? „Die Position wurde frei“, sagt er, und die CDU habe ihn halt gefragt. Und der lange verdrängte, zehnwöchige Rotlichtkurs an der berüchtigten DDR-Kaderschmiede für Staat und Recht in Potsdam? „Viele Menschen in der DDR haben solche und andere Schulungen absolviert.“

Tillich schätzt sich damals als „pragmatisch orientierten Menschen“ ein, der auch in der DDR nicht ideologisch geprägt gewesen sei. Ein Mann des Volkes, der „seit fast 50 Jahren in dem gleichen Haus“ in seiner Oberlausitzer Heimat lebe. Mittlerweile allerdings hat er auch ein Penthouse bezogen, im noblen Dresdner Stadtteil Weißer Hirsch.

Man muss bei Tillich im Gegensatz zu anderen Ostpolitikern wie Angela Merkel davon ausgehen, dass er schon immer Politiker werden wollte. Und für dieses Ziel auch bereit war, sich bis zur Schmerzgrenze an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen. Es lief ja auch erstaunlich glatt. Während andere Ratsmitglieder aus DDR-Zeiten als ABM-Kräfte im sozialen Abseits landeten, zog Tillich mit der gewendeten Block-CDU in die Volkskammer. Wurde Beobachter im Europäischen Parlament, Abgeordneter in Brüssel, Europaminister in Sachsen, Staatskanzleichef, Umweltminister, Finanzminister.

Pragmatisch orientiert diente er unter Kurt Biedenkopf ebenso wie unter dessen Nachfolger Georg Milbradt. Tillich war in keinem Lager zu verorten. Und erbte am Ende das wichtigste Amt im Freistaat vor allem deshalb, weil es frei wurde – und die Partei ihn mal wieder fragte.

Ein Wegbegleiter aus diesen Jahren glaubt, dass Tillich bis heute gedanklich im Rat des Kreises Kamenz geblieben ist. Er habe es gelernt, in den vermeintlich richtigen, weil gefährlichen Momenten den Kopf einzuziehen. Dafür aber im Hintergrund stets rührig zu sein. Die „Sächsische Zeitung“ beschreibt es so: „Sachsens Regierungssystem hat sich längst aufs schnelle Abtauchen spezialisiert. Eine Disziplin, bei der der Langsamste verliert.“ Tillich ist meist der Schnellste.

Der langjährige Staatskanzlei-Beamte Harald Noeske hat in seinem 2012 erschienenen Buch „Regieren in Sachsen“ auch das System Tillich beleuchtet. Der Ministerpräsident sei vor seiner Wahl nicht als „hochbegabter Fachmann“ aufgefallen. Doch er habe gut ausgesehen und habe es verstanden, auf die Leute zuzugehen und seine Klientel zu pflegen. Wohl deshalb kam Tillich in dieses Amt und nicht der ebenfalls gehandelte Thomas de Maizière. So bescheinigt ihm Noeske „tadelloses Auftreten“, doch überzeugende Inhalte fehlten. Für einen politischen Manager sei er zu zurückhaltend. Er ziehe das Hintergrundgespräch dem politischen Aktionismus vor. Alles Eigenschaften, die in einer Krisensituation wie jetzt nicht gefragt sind.

Das Amt als Präsident des Bundesrats war für Tillich deshalb eine willkommene Gelegenheit, den Problemen zu Hause zu entkommen. Statt Heidenau oder Bautzen standen nun Mexiko und Kuba auf dem Programm. Der Staatsgast aus Deutschland wurde mit großen Ehren empfangen, niemand brüllte „Volksverräter“.

Auch von Reisen nach Polen schwärmt Tillich, der fließend Polnisch und Tschechisch spricht, von der Herzlichkeit der Menschen, von der Last der Geschichte, die sie zu tragen hatten. „Ein großer Teil der sechs Millionen Juden wurde auf ihrem Gebiet ermordet.“ Die europäische Annäherung im Osten ist seine Mission.

Am 31. Oktober endet die Amtszeit als Bundesratspräsident. Dann wird es schwer für Tillich, den heimischen Krisen zu entfliehen. Dann bleibt nur der Computer.

Ausgelaugt und erledigt

Sachsen II Justiz und Polizei kommen nach den jüngsten Pannen wohl wieder glimpflich davon – weil die CDU an Aufklärung kein Interesse hat.

Als Rolf Jacob im Mai zu einer Anhörung im Sächsischen Landtag erschien, fand er deutliche Worte über die Lage in seinem Leipziger Gefängnis.

Seit 2001 habe das Land von 296 Stellen 86 gestrichen, sagte der Anstaltsleiter. „Ich stelle fest, dass in den letzten zwei, drei Jahren der Auslaugungsprozess zunimmt und es zunehmend schwierig ist, das Personal zu motivieren.“

Kein halbes Jahr später, am Donnerstag vergangener Woche, musste sich der Beamte erneut zu seinem Gefängnis äußern. Sein prominentester Häftling, der mutmaßliche IS-Terrorist Jaber Albakr, hatte sich in einer Zelle umgebracht. Diesmal klang Jacob ganz anders. Personalmangel? Bei ihm doch nicht. Das habe keine Rolle gespielt. Alles sei vorschriftsgemäß gelaufen.

Eine unabhängige Expertenkommission soll für die Landesregierung nun unter anderem die Umstände von Albakrs Suizid aufklären. Eine maßgebliche Rolle in dieser Kommission wird Heinz Fromm spielen: Der 68-Jährige hat einst nach der Vernichtung von Akten im Zusammenhang mit dem NSU sein Amt als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz verloren.

Es ist wie üblich in Sachsen. Justiz und Polizei dürfen sich darauf verlassen, glimpflich davonzukommen, wie bei so vielen anderen Fehlern und Versäumnissen in der Vergangenheit. Der Freistaat ist das einzige Bundesland, das die CDU seit 1990 regiert. Sie hat kein Interesse, Missstände aufzuarbeiten und personelle Konsequenzen zu ziehen, weder nach den jüngsten Ermittlungs- und Vollzugspannen in Leipzig und Chemnitz noch nach den fremdenfeindlichen Vorfällen in Freital, Heidenau und anderen Orten, die es gar nicht erst in die Schlagzeilen schafften.

Die Sachsen-Union begreift sich als Staatspartei. Ihre Gleichgültigkeit, ihr Desinteresse an Vorgängen, die andernorts eine Landesregierung hinwegfegen könnten – sie sind nicht zu verstehen, ohne die Symbiose zwischen der CDU und dem Sicherheitsapparat zu beleuchten. Der wurde

SEBASTIAN WILLNOW / DPA

JVA Leipzig: „Zunehmend schwierig, das Personal zu motivieren“

Beamten aus dem damals konservativ regierten Baden-Württemberg sowie aus Bayern anvertraut, die nach Lust und Laune Grenzen rechtsstaatlichen Verhaltens austesten konnten. Der gemeinsame Feind stand für Partei und Staat stets links, selbst als Neonazis bereits ganze Regionen des Landes durchzogen und Jagd auf Fremde, Flüchtlinge und Andersdenkende machten.

Über die Jahrzehnte ist die Gewaltenteilung in Sachsen verkümmert. Schon der erste Justizminister nach der Wende, Steffen Heitmann, ließ sich vertrauliche Ermittlungsunterlagen vorlegen und vom Generalstaatsanwalt en détail berichten, wenn zum Beispiel Parteifreunde betroffen waren. Staatsanwälte, die sich darüber wunderten und den Minister fragten, wofür er die Akten benötige, erhielten von einem sichtlich pikierten Heitmann die knappe Antwort: „zum Regieren“.

Was auch immer schiefläuft: Nicht die Verantwortlichen müssen Rechenschaft ablegen – sondern immer wieder jene, die Missstände aufdecken und anprangern.

Die ehemalige Referatsleiterin Organisierte Kriminalität des Landesamts für Verfassungsschutz und ein Leipziger Kriminalbeamter wurden bereits 2010 angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Unschuldige verfolgt. Erst in diesem Jahr soll es endlich zum Prozess kommen. Die beiden haben einst versucht, den sogenannten Sachsensumpf trockenzulegen. Heute wirken sie erledigt, körperlich gezeichnet. Nachahmer unwahrscheinlich.

Der „Sachsensumpf“ hatte das Land von 2007 an beschäftigt. Es ging um mutmaßliche Verbindungen von Richtern, Staatsanwälten, Politikern und Unternehmern zur Halb- und Unterwelt. Der Verfassungsschutz hatte umfangreiche Dossiers angelegt, die das Zeug zu einer Staatsaffäre hatten und den damaligen sächsischen Innenminister Thomas de Maizière vermuten ließen, es gebe eine Staatsmafia. Von Stund an wurde ein Muster angewandt, das sich bis heute fortsetzt: Es wird nach Kräften kleingeredet und die Schuld auf andere geschoben.

Weil in Sachsen nicht sein kann, was nach Meinung der Mächtigen nicht sein darf, schob Innenminister Markus Ulbig (CDU) auch in der NSU-Affäre die Schuld auf andere ab. Die zehnfachen Mörder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos kamen mit ihrer Freundin Beate Zschäpe schließlich aus Thüringen. Dort hätten die Behörden versagt. Dabei lebte das Trio 14 Jahre lang verdeckt in Sachsen und plante von hier aus seine Verbrechen. Als der NSU aufflog, hielt es Ulbig für falsch, das Desaster in einem Untersuchungsausschuss aufzuklären.

Was in Sachsens Rechtsstaat alles möglich ist, verwundert selbst gestandene Strafverteidiger. Endrik Wilhelm residiert mit seiner Kanzlei in Dresden am feinen Palaisplatz, nebenbei bringt er als Honorarprofessor an der Technischen Universität Chemnitz Studenten das juristische Handwerk bei.

Gerade kämpft er in Leipzig um seine Post, die auf abenteuerlichem Weg in die Hände der Staatsanwaltschaft geriet. Wilhelm hatte einem Angeklagten geraten, doch mal seine Sicht der Dinge auf einen Mordfall zu Papier zu bringen.

Das Schreiben war auf Arabisch, Wilhelm brachte es zu einer behördlich anerkannten Übersetzerin. Als die nicht zu Hause war, besorgte sich ein Bekannter den Brief und trug ihn zur Staatsanwaltschaft Dresden. Jetzt kennen Gericht und Nebenklage das Schreiben. Wo doch Anwaltspost sakrosankt ist.

In Sachsen stört das niemanden. Die Staatsanwaltschaft glaubt, sie habe das geklaute Schreiben rechtmäßig zu den Akten genommen. Wilhelm ist sich sicher: „Das ist ein Verstoß gegen die elementaren Verteidigerrechte.“

Er schlägt sich noch mit einem weiteren Fall herum, der in der sächsischen Justiz Kreise zieht. Einer Leipziger Oberstaatsanwältin, Chefin der Abteilung für Organisierte Kriminalität, wird vorgeworfen, in einem Prozess falsch ausgesagt zu haben. Der Richter hatte diesen Verdacht, Verteidiger auch.

Trotz schlüssiger Beweise stellte die Staatsanwaltschaft Chemnitz das Verfahren gegen die Kollegin ein. Diese Entscheidung hob der Generalstaatsanwalt auf. Nun also von vorn. Der Oberstaatsanwalt, der eingestellt hatte, wurde seinerseits wegen Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung angezeigt. Sein Verfahren wurde eingestellt. Im sächsischen Justizapparat gehört es sich nun mal nicht, Kollegen zur Verantwortung zu ziehen. Lieber werden Verfahren abgewehrt oder eingestellt.

Rainer Lips sitzt in einem von Juristen oft frequentierten Restaurant im bürgerlichen Dresdner Stadtteil Striesen. 1992 kam er aus Freiburg als Richter nach Dresden. Er hat über SED-Unrecht geurteilt und über Neonazis. Seit vier Jahren ist Lips in Pension. Zuletzt war der Sozialdemokrat Vorsitzender eines Strafsenats des Dresdner Oberlandesgerichts und Richter am Sächsischen Verfassungsgerichtshof. Nur wenige kennen die sächsische Justiz so gut wie er.

„Es herrscht hier eine gewachsene Verflechtung zwischen Justiz und der CDU“, sagt der Richter a. D., „die, wenn es opportun erscheint, das Recht politischen Interessen anzupassen sucht.“

Andreas Wassermann, Steffen Winter